

AK Umwelt im UB Hildesheim

Arbeitsergebnisse Stand Anfang 2021

Soziale Gerechtigkeit ist schon immer vorrangiges politisches Leitmotiv der Sozialdemokratie. Unser politisches Handeln ist davon geprägt, für Lebensqualität, Wohlstand und gerechte Verteilung zu sorgen – für die Menschen heute und für alle zukünftigen Generationen. Für unsere Zukunftssicherheit braucht es neben einem handlungsfähigen Staat mit einer modernen, krisenfesten Infrastruktur und starker sozialer Sicherung gut bezahlte und menschengerechte Arbeit.

Allerdings ist unsere Zukunftssicherheit durch die menschengemachte globale Umweltkatastrophe – den Klimawandel und das Artensterben – in existenzieller Weise bedroht, nicht nur bei uns, sondern weltweit. Um den enormen Herausforderungen zu begegnen, müssen wir an vielen Stellen Abschied nehmen von alten Denkmustern und erkennen, dass ökologische Ausrichtung ökonomischem Erfolg und gesellschaftlichem Zusammenhalt nicht hinderlich ist, sondern eine grundsätzliche Voraussetzung. Wir brauchen eine Transformation hin zur Klimaneutralität, die von uns aktiv (mit)gestaltet wird. Klimaschutz bedeutet immer auch faire Verteilungspolitik und darf nicht zu Privilegien einkommensstarker Eliten führen. Deshalb müssen wir Sorge dafür tragen, dass Veränderungen - insbesondere für Haushalte mit geringerem Einkommen - nicht zu Einschnitten und Belastungen führen¹.

Uns kommt es auf alle Menschen in unserer Gesellschaft an. Weil es notwendig ist, dass sie den Wandel mittragen und mitgestalten, sehen wir unsere politische Verantwortung darin, Wege zu finden, der Klimakrise und dem Verlust der Biodiversität wirksam entgegenzutreten und dabei gleichzeitig negative Folgen abzufedern, Lasten gerecht zu verteilen, um eine soziale Schieflage zu verhindern - gerade für sozial Benachteiligte und Menschen, die ihre berufliche Existenz bedroht sehen.

¹ Die Ökonomin am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Dr. Katja Rietzler, führt in einem Interview mit dem „Vorwärts“ aus, dass Menschen mit geringerem Einkommen durch eine CO₂-Steuer im Verhältnis zu ihrem Einkommen stärker belastet werden, weshalb ihnen ein Ausgleich gewährt werden sollte, z.B. in Form einer Klimaprämie; vgl.: <https://www.vorwaerts.de/artikel/klimapraemie-mehr-hilft-niedrigere-stromsteuer> [abgerufen am 16.01.2021]

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit haben wir den Anspruch, ökologische Ausrichtung und Nachhaltigkeit mit Zukunftssicherheit und gesellschaftlichem Ausgleich in Einklang zu bringen.

So wie die SPD in ihren Anfängen den Wandel zur Industriegesellschaft maßgeblich im Sinne der Arbeitnehmerschaft und des Gemeinwohls beeinflusst hat, sehen wir uns heute in der Pflicht, die sozial-ökologische Wende voranzutreiben, durch die auch weiterhin Lebensqualität und Wohlstand gewährleistet werden.

Wir sind davon überzeugt, dass unser sozialdemokratischer Weg der richtige ist, weil wir den Wandel nur gemeinsam schaffen können.

Die Mitglieder des Arbeitskreises Umwelt haben basierend auf den politischen Überzeugungen der SPD grundsätzliche Überlegungen angestellt, welche möglichen, konkreten Handlungsfelder im Hinblick auf Klimawandel und Artenschwund in der Region Hildesheim - in den Gemeinden, den Städten und dem Landkreis - bestehen.

Gegliedert in drei Schwerpunktthemen zeigen die folgenden Ausführungen den aktuellen Stand der Diskussion.

Arbeit und Energie

Mobilität

Artenschutz in Städten und Gemeinden

Schwerpunktthema: Arbeit und Energie

Wirtschaft der Zukunft -

Nur eine nachhaltige Wirtschaft ist eine starke Wirtschaft

Von Jahr zu Jahr nehmen das Tempo der Erderwärmung, der Verlust biologischer Vielfalt und die Übernutzung von Ressourcen stetig zu². Dass der Klimawandel längst auch in der Region Hildesheim angekommen ist, haben spätestens der Sommer 2017 mit seinen verheerenden Überschwemmungen und die Hitze und extreme Trockenheit des Jahres 2018 gezeigt.

Die globale Erwärmung und das Artensterben stehen in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten, weil unser Wirtschaftssystem einen übermäßigen Ressourcenverbrauch begünstigt.

Knappe Umwelt-Ressourcen haben keine Preise

Generell gilt bei allen Gütern der Marktmechanismus: der Preis für knappe Güter ist hoch, der Verbrauch teuer. Bei kritischen Umweltressourcen (CO₂-Emissionen, Artensterben) allerdings wird die Knappheit nicht durch einen hohen Preis signalisiert. Es entsteht der falsche Eindruck, die Natur als knappe Ressource sei im Übermaß vorhanden und könne unbegrenzt und kostenfrei genutzt werden. Da auf diese Weise der Naturverbrauch den Herstellern und Anbietern von Gütern und Dienstleistungen keine Kosten verursacht, gibt es für sie keinen Preisdruck, der sie veranlassen würde, ihren Verbrauch zu senken. Die Folgekosten für Umweltschäden werden dann von der Allgemeinheit getragen (sog. Externalisierung von Kosten).

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass die tatsächlichen Kosten für Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch von deren Verursachern getragen werden und sich in höheren Kosten bzw. Produktpreisen für schädigendes Verhalten widerspiegeln.

Ein Beispiel:

*In der EU gibt es mit dem europäischen Emissionsrechtehandelssystem **ETS** eine Regelung dem Kohlendioxid-Ausstoß einen Preis zu geben. Alle in der EU ansässigen Stromerzeugungs- und Industrieunternehmen sind verpflichtet, Emissionszertifikate zu kaufen, die von den Unternehmen an Energiebörsen frei handelbar sind und deren Anzahl in zeitlichen Abständen von der EU-Kommission reduziert wird. Aktuell bezahlt ein Unternehmen, das mit fossilen Brennstoffen Strom erzeugt, etwa 30 Euro pro ausgestoßener Tonne Kohlenstoffdioxid³. Da davon auszugehen ist, dass die Verknappung der Emissionsrechte zu höheren Preisen führt, entsteht der Anreiz für Stromerzeuger, zunehmend auf klimaschonende Anlagen umzusteigen.*

Im Jahr 2019 war die Wirkung, die Anzahl der Zertifikate zu reduzieren, deutlich spürbar. Durch einen Preisanstieg auf mehr als 25 Euro pro Tonne CO₂ wurde der Betrieb von

² Vgl. <https://germanwatch.org/de/overshoot> [abgerufen am 02. Januar 2021]

³ Vgl. <https://ember-climate.org/data/carbon-price-viewer/> [abgerufen am 02. Januar 2021]

Kohlekraftwerken häufig teurer als der von emissionsärmeren Gaskraftwerken und es kam es zu einer spürbaren Reduzierung der CO₂-Emissionen in Deutschland.⁴

Ziel des Emissionsrechtehandels ist die kontinuierliche Reduzierung des CO₂-Ausstosses bis auf null, indem durch Verknappung und Verteuerung der Emissionsrechte der Einsatz fossiler Energieträger immer unrentabler wird. Schließlich sollen nur noch emissionsfreie Anlagen elektrische Energie erzeugen.

Wohlstand und Lebensqualität werden in Geld gemessen

Der wirtschaftliche Erfolg eines Landes wird an dessen Wirtschaftswachstum gemessen (dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Zeitvergleich). Das BIP ist zur entscheidenden Messgröße des Wohlstandes der Bevölkerung geworden, an dem sich fast alle politischen Handlungen orientieren.

Folgt man dieser Logik der Wohlstandsmessung, so ist ein wachsendes BIP immer gleichbedeutend mit größerem Wohlstand. Da es eine reine Geldgröße ist, spielen qualitative Kriterien dabei keine Rolle. So gibt es weder Aufschluss über die Verteilung der erzielten Wirtschaftsleistung noch über die sozialen und ökologischen Bedingungen für dessen Zustandekommen.

Zwei kleine Beispiele:

Baut man ein Kohlekraftwerk für 5 Mrd. Euro, wird dasselbe Wirtschaftswachstum verursacht wie durch die Investition in Solardächer oder Windräder für dieselbe Summe.

In der Logik des BIP verursachen beide Investitionen denselben Gewinn an Lebensqualität und Wohlstand.

In der Landwirtschaft wird nur der Ernteertrag als Geldgröße erfasst. Wenn ein Bauer die Ökosysteme schont, dann nimmt er einen geringeren Ertrag in Kauf. Er sorgt zwar für den Erhalt artenreicher Böden, in denen Wasser und Kohlenstoff gespeichert wird, aber diese Steigerung der Lebensqualität wird im BIP nicht honoriert.

In der Logik des BIP wird durch konventionellen Landbau die Lebensqualität stärker gesteigert als durch einen ökologisch orientierten.

Deshalb ist es wichtig, ein Messsystem zu etablieren, das einen umfassenderen Blick auf den Wohlstand und die Lebensqualität der Menschen eines Landes ermöglicht und den wirklichen Wert und die Qualität der wirtschaftlichen Entwicklung abbildet, damit Nachhaltigkeit zur Richtschnur für politisches Handeln wird.

Fazit

Für unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität sind wir angewiesen auf ein starkes Wirtschaftssystem - für sichere Arbeitsplätze und ein funktionierendes Sozialsystem.

Aber eine starke Wirtschaft kann immer nur eine nachhaltige Wirtschaft sein!!

⁴ Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bilanz-umweltbundesamt-1730880> [abgerufen am 02. Januar 2021]

Unsere Forderungen

Um unsere Produktions-, Verteilungs- und Konsumweisen neu auszurichten, halten wir u.a. folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Erneuerbare Energien sind wesentlicher Bestandteil der Transformation unserer Wirtschaft. Sie sind die Basis für Klimaneutralität im Hinblick auf Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung, Transport, Industrie und den Gebäudesektor.
- Um die absehbar steigende Stromnutzung in Industrie, Elektromobilität oder für Wärmepumpen sowie im Kontext der Wasserstoffstrategie gewährleisten zu können, muss der Ausbau schneller und umfangreicher als bisher erfolgen.⁵
- Zur Bekämpfung des Klimawandels ist die Bepreisung von CO₂-Emissionen ein geeignetes Mittel. Die seit Anfang 2021 gültige CO₂-Abgabe ist allerdings zu gering und muss angepasst werden.⁶ Dann kann eine Lenkungswirkung erzielt werden, durch die klimaschonendes Verhalten belohnt und klimaschädigendes sanktioniert wird.
- Für die Erhebung des Wohlstandes und der Lebensqualität müssen neben ökonomischen Aspekten auch soziale, ökologische und fiskalische Nachhaltigkeit berücksichtigt werden, wie z.B. durch das neue „Magische Viereck“.⁷
- Die Kreislaufwirtschaft muss gestärkt werden, indem Wirtschaftskreisläufe natürlichen Kreislaufen angepasst werden. Ressourcen dürfen nicht einfach gewonnen, verarbeitet und am Ende entsorgt werden. Vielmehr sind sie immer wieder der Nutzung zuzuführen, wobei die nötige Energie dafür aus erneuerbaren Quellen stammt.
- Der regionalen Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen sowie deren Konsum und Inanspruchnahme muss starke Bedeutung zukommen. Durch regionale Wertschöpfung und Vermarktung werden Arbeitsplätze vor Ort erhalten und geschaffen.
- Weite Transportwege für Güter können ebenso reduziert werden wie lange Fahrten zum Arbeitsplatz. Durch diese Re-Regionalisierung der Wirtschaft und eine bessere lokale Infrastruktur wird erreicht, dass der noch verbleibende Verkehr vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel, Radfahren und Zufußgehen verlagert wird.
- Bei der Planung von Verkehrsprojekten sowie der Ausweisung von Wohn- und Industriegebieten ist der knappen Ressource Boden in besonderer Weise Rechnung zu tragen.
- Lebensmittelverschwendung und Überkonsum müssen drastisch reduziert und Ernährungsweisen jenseits des übermäßigen Fleischkonsums erreicht werden.

⁵ vgl.: <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/dena-empfiehl-vier-kriterien-bei-der-ausgestaltung-des-eeg/> [abgerufen am 04. Januar 2021]

⁶ Verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute schlagen einen deutlich höheren CO₂-Preis vor, vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/CO2-Preis#cite_note-8 [abgerufen am 04. Januar 2021]. Das Bundesumweltamt beziffert den Schaden pro ausgestoßener Tonne CO₂ auf ca. 180 Euro, vgl. Felix Poetschke: *Hohe Kosten durch unterlassenen Umweltschutz*. In: *Umweltbundesamt*. 20. November 2018 (umweltbundesamt.de [abgerufen am 02. Januar 2021])

⁷ Vgl.: <https://www.fes.de/e/das-neue-magische-viereck-im-realitaetscheck> [abgerufen am 04. Januar 2021]

Unsere Forderungen für Hildesheim

Speziell für Hildesheim (den Landkreis sowie die einzelnen Kommunen) fordern wir folgende Maßnahmen, damit in der Stadt wie auf dem Land gleiche und sozial gerechte Bedingungen für alle herrschen:

- Neben einer höheren ÖPNV-Dichte benötigen wir im ländlichen Raum eine bessere Verteilung von Einkaufsmöglichkeiten (insbesondere des täglichen Bedarfs!) in der Fläche! Damit wird der motorisierte Massenindividualverkehr (meist mit dem Auto) eingeschränkt, da man nicht mehr zu einem weit entfernten großen Einkaufscenter mit vielen Supermärkten fahren muss, sondern nur noch den Weg zum lokalen Versorger vor bzw. besser im Ort (unmotorisiert) getätigt werden kann. Anstelle von der Zentralisierung von Supermärkten an einem Ort (Bad Salzdetfurth, Südteil) sollen zukünftig die Standorte dezentralisiert und in der Fläche verteilt werden. Um dies zu verwirklichen muss, das Raumordnungskonzept des Landkreises und der Kommunen angepasst werden, sodass zukünftig Bauanträge für Supermärkte u. ä. nur noch genehmigt werden, wenn sie dezentral die Nahversorgung und damit kurze Wege für die Verbraucher_innen sicherstellen. Auch die Arbeitswege für Mitarbeiter_innen der Geschäfte verkürzen sich so.
- Um lange Transportwege für Lebensmittel zukünftig zu reduzieren und zu vermeiden, müssen lokale Produzent_innen von (qualitativen und biologisch-ökologischen) Lebensmitteln im Landkreis und Umland unterstützt werden. Die bereits vorhandene Unterstützung des „Hi-Land“-Labels durch den Landkreis ist dafür ein erster Schritt, andere Initiativen sollten entwickelt werden bzw. bestärkt werden (bspw. Unverpackt-Läden, Hofläden, etc.).
- Aufklärungskampagne Fleischherkunft und Lebensmittelverschwendung (Stadt und Land) an Schulen, KiTas, Erwachsenenbildung, etc.
- Für alle Bürger_innen muss ein äußerst schneller Ausbau des und ein für alle bezahlbarer Anschluss an das Telekommunikationsnetz(es) (inklusive Breitbandausbau/5G) innerhalb des Landkreises erfolgen, insbesondere zum Anschluss des ländlichen Raums. Dabei muss, entgegen der Aussage der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek⁸, jeder Stadtteil, jedes Dorf, alle Haushalte und Gewerbe im Landkreis Hildesheim und jede Milchkanne angeschlossen werden. Dadurch können alle Menschen auf dem Land von zuhause im Homeoffice arbeiten und müssen nicht mehr (meist mit dem Auto) zum Arbeitsplatz fahren. Dies spart CO₂ und Zeit, belebt somit den ländlichen Raum wieder, und unterstützt (Solo-)Selbstständige, darunter auch viele Künstler_innen, die auf dem Land günstigere Mieten finden. Durch die flächendeckende Versorgung wird zusätzlich die notwendige Voraussetzung für das SmartGrid der Energieversorgung bereitgestellt.

⁸ Vgl. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/anja-karliczek-bremst-beim-netzausbau-5g-nicht-an-jeder-milchkanne-notwendig-a-450a7e4e-3e18-49d3-8132-c87b71c9b295> [abgerufen am 08. Januar 2021]



Eine infrastrukturelle Gleichstellung des ländlichen Raums im Hildesheimer Landkreis, wie sie oben beschrieben ist, beugt zugleich der Landflucht vor und reduziert den Druck auf die Städte. Zudem benötigen wir den schnellen und umfangreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien im Landkreis Hildesheim, den wir im Folgenden gesondert betrachten.

Ausbau der Erneuerbaren Energien im Landkreis Hildesheim

Um dem Klimawandel wirkungsvoll entgegenzuwirken muss das Energiesystem der Zukunft nachhaltig ausgerichtet werden. Es dürfen nur CO₂ freie nachhaltige Techniken zum Einsatz kommen. Zusätzlich muss das neue Energiesystem lokal und dezentral ausgerichtet sein und die Bedürfnisse nach bezahlbarer erneuerbarer Energie für alle müssen erfüllt werden. Dabei können die erneuerbaren Energien auch zusätzlich Arbeit und Einkommen in der Fläche sichern. Bei einer dezentralen lokalen Energiewirtschaft verbleiben auch die Finanzmittel durch die Steuereinnahmen, die Gewinne aus den Anlagen und die Löhne der lokalen Handwerker zum Wohl aller vor Ort.

Daher müssen die Erneuerbaren massiv im Landkreis Hildesheim ausgebaut werden!!

Die Politik kann einerseits die Rahmenbedingungen für die privaten Investitionen durch schnellere und einfachere Genehmigungsverfahren aktiv unterstützen und andererseits muss die Nutzung der erneuerbaren Energien in den Betrieben der öffentlichen Hand ausgeweitet werden. Jede Photovoltaik- und Windkraftanlage sichert die Zukunft der Gemeinden durch nachhaltige und langfristige Erträge sowie Kosten- und CO₂ Einsparungen.

Deshalb fordern wir:

- Es sollen alle Möglichkeiten der Unterstützung zum Ausbau der erneuerbaren Energien genutzt werden. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen müssen PV-Anlagen ermöglicht und gegebenenfalls sogar vorgeschrieben werden. (In einigen Bundesländern ist dies bereits eingeführt worden.)
- Die Kommunen sollen Ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und die eigenen Gebäude schnellstmöglich mit PV-Anlagen versehen. Alle öffentlichen Liegenschaften (Dächer, Freiflächen, usw.) müssen für Erneuerbare Energieanlagen genutzt werden. Dabei muss bei neuen Anlagen die Nutzung für den Eigenverbrauch der Energie in den eigenen Liegenschaften Vorrang erlangen. Die Einbeziehung der Bürger_innen über z.B. Bürger_innenenergiegenossenschaften soll dabei gefördert werden.
- Bei Ausbau und Repowering von Windkraftanlagen müssen gemeinsam mit den Umweltverbänden alle Möglichkeiten geprüft werden.
- Neue Entwicklungsmöglichkeiten für den ländlichen Raum bietet die Agri-PV, bei der auf derselben Fläche Ackerbau und Energiewirtschaft betrieben werden kann. Dabei wird nur ca. 1% der Fläche bebaut mit Technik und 99% werden weiter landwirtschaftlich bewirtschaftet. Insgesamt werden damit Flächennutzungsgrade von 160% möglich. Damit ist dies die erste Lösung, die Landfläche schaffen kann. Der Anbau von Energiemais kann weitgehend durch diese Art der Bewirtschaftung ersetzt werden. Die Landwirt_innen erhalten durch die Einnahmen aus den Energieerträgen eine sichere Existenzgrundlage und die Natur wird durch die unter den Modulreihen möglichen Blühstreifen geschützt bzw. gefördert. Diese (relativ) neue Möglichkeit soll genutzt werden, um den ländlichen Raum zu stärken.

Die Kommunen, der Landkreis, Landwirt_innen und alle Einwohner_innen können durch den Wechsel auf Erneuerbare Energien nicht nur einen Beitrag zur CO₂ Reduktion leisten, sondern sichern auch langfristig Einnahmequellen vor Ort.

Schwerpunktthema: Mobilität

Regionaler Handlungsbedarf

Nach dem Regional-Entwicklungs-Konzept (REK) für den Landkreis Hildesheim ergibt sich aus der Bestandsanalyse erheblicher Handlungsdruck für eine Neuorientierung der Mobilitätsplanung:

- Klimaschutzziele im Verkehrssektor lassen sich nur mit Stärkung des Umweltverbundes erreichen.
- Angesichts zunehmender Konzentration von Einrichtungen der Daseinsvorsorge spielt die Erreichbarkeit eine immer wichtigere Rolle.
- Übergreifende Mobilitätsstrategien zur Verknüpfung aller Verkehrsmittel gilt es noch (weiter) zu entwickeln.
- Neue Technologien wie Elektromobilität und Angebote wie Car-Sharing erfordern eine neue Infrastruktur.
- Insbesondere in den ländlichen Gebieten gibt es nur wenige Alternativen zum motorisierten Individualverkehr. Einige Ortschaften sind nur zu eingeschränkten Zeiten mit dem ÖPNV erreichbar.

•

Entwicklungsziele

Für uns ergeben sich daraus vier Kernziele, für deren Umsetzung das REK eine Reihe von konkreten Projekten vorschlägt. Diese müssen jedoch vielfach erweitert oder in der Durchführung beschleunigt werden, wenn es wirklich zu einer effektiven und nachhaltigen Mobilitätsentwicklung im Hinblick auf die genannten Probleme kommen soll.

Ziel 1:

Vorrang von ÖPNV und nicht motorisiertem Verkehr vor motorisiertem Individualverkehr.

Ziel 2:

Ganzheitliche Verkehrsplanung für den ländlichen Raum.

Ziel 3:

Klimaschutz-Vorbehalt für alle Ausgaben im Verkehrssektor.

Ziel 4:

Dezentralisierung der Daseinsvorsorge.

Ziel 1: Vorrang von ÖPNV und nicht motorisiertem Verkehr vor motorisiertem Individualverkehr

- Beschleunigung der Umsetzung des Radwegekonzeptes und des Ausbaus von Radwegen⁹.
- Optimierung und Erweiterung des Verkehrsverbundes ROSA sowie Vernetzung mit benachbarten Verkehrsverbänden¹⁰
- Einführung eines 365€-Tickets; auch monatlich erhältlich,¹¹
- Kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Zügen und Regionalbussen,
- Mehr Busse in der Innenstadt durch zusätzliche Linien,
- Beschleunigung des ÖPNV, z.B. durch Ringbusse,¹²
- Entlastung der Straßen durch intelligente Verkehrskonzepte und Entzerrung der unterschiedlichen Verkehrsmittel,
- Schaffung von reinen Fahrrad- bzw. ÖPNV- bzw. Fußgängerstraßen¹³,
- Beschränkung von Konfliktsituationen durch Kreuzen von Rad- und Autowegen auf ein Minimum,
- Schaffung von Rad-Schnellwegen und -strecken,
- Befreiung der Innenstädte vom Autoverkehr,
- Entwicklung von Konzepten für die Tür-zu-Tür-Beförderung als Ergänzung zum Linienverkehr, z.B. für Personen mit eingeschränkter Mobilität (z.B. Sozio-Med-Mobil in Wolfenbüttel).¹⁴

Ziel 2: Ganzheitliche Verkehrsplanung für den ländlichen Raum

- Verbesserung des Liniennetzes im ländlichen Raum,
- Erprobung von alternativen Konzepten für einen individualisierten ÖPNV (vgl. Pilotprojekt im Harz: ECO-Bus, Max-Planck-Institut Göttingen)¹⁵,
- Vereinfachung der „Bedienung“ des Verkehrsverbundes (Ticketkauf; Fahrplanauskunft) z.B. über Integration in die DB-App. Keine komplizierten Tarifsysteme; stattdessen einfaches Buchen von Mobilität¹⁶,
- Allgemeine Gültigkeit von überregionalen Tickets, z.B. Niedersachsentickets und Studententickets, auch im Verkehrsverbund.

⁹ REK, S. 106

¹⁰ REK, S. 109

¹¹ <https://procitybahn.de/wien-das-365euro-ticket-im-gesamtkonzept/>; <https://www.mvg.de/tickets-tarife/abonnement/365-euro-ticket.html>

¹² Umsetzungsbeispiel: <https://www.ortenaulinie.de/Startseite/Fahrplan/oberkirch.html>

¹³ <https://www.spiegel.de/auto/barcelona-verkehrswende-die-stadt-schraenkt-den-autoverkehr-in-der-innenstadt-weiter-ein-a-78550292-b688-4857-94e4-c6fa3e31276e>

¹⁴ <https://www.projektnetzwerk-niedersachsen.de/projekte/sozio-med-mobil.html>

¹⁵ <https://www.mpg.de/14322402/bus-auf-bestellung>

¹⁶ Die im REK angestrebte Einrichtung einer Mobilitäts-App innerhalb von 3-5 Jahren (vgl. REK, S. 105) muss dringend beschleunigt werden.

Ziel 3: Klimaschutz-Vorbehalt für alle Ausgaben im Verkehrssektor

- Sukzessive Umrüstung des ÖPNV auf CO2-freie Fahrzeuge, bevorzugt Elektrofahrzeuge,
- Grundsätzliche Lenkung der Investitionen in Verkehrsprojekte (Renovierung, Ausbau, Neubau), durch die der ÖPNV und der nicht motorisierter Individualverkehr gestärkt werden,
- Neubewertung von lang geplanten Verkehrsprojekte (z.B. Autobahnen, Umgehungsstraßen) unter Berücksichtigung des Klimavorbehalts,
- Schaffung von CO2-Senken, z.B. durch Rückbau von Straßen und Anpflanzung von Hecken und Wäldern auf den freiwerdenden Flächen.

Ziel 4: Dezentralisierung der Daseinsvorsorge

Um den notwendigen Umweltverbrauch im Alltag weiter zu minimieren, sollen notwendige Wege zur Daseinsvorsorge so kurz wie möglich ausfallen. Dies wird durch folgende Maßnahmen erreicht:

- Förderung der Niederlassung von Landärztinnen und -ärzten (Allgemein- und Zahnmedizin!),¹⁷
- Initiierung von genossenschaftlich organisierten Dorfläden mit Direktvermarktung lokal erzeugter Waren, insbesondere von Lebensmitteln,¹⁸
- Zügiger Ausbau schneller Internet-Verbindungen bis zur letzten Milchkanne zum vermehrten Arbeiten im Homeoffice

¹⁷ <https://www.projektnetzwerk-niedersachsen.de/projekte/sicherstellung-der-aerzteversorgung.htm>

¹⁸ Diverse Beispiele im Projektnetzwerk Ländliche Räume: <https://www.projektnetzwerk-niedersachsen.de/projekt-finden/?page=1>

Schwerpunktthema: Artenschutz in Kommunen und Städten

Artenschutz beginnt im Kleinen, in jedem Garten, in jedem Dorf, in jeder Stadt und jede/r kann etwas dazu beitragen. Der Schwerpunkt dieses Leitfadens liegt beim Insektenschutz, da dies die Grundlage für den Erhalt vieler Tier- und Pflanzenarten darstellt. Neue gesetzliche Regelungen zum Erhalt und Steigerung der Artenvielfalt wurden hierzu 2020 im Landtag verabschiedet.

Der Niedersächsische Weg

Das Umweltministerium, Vertreter der Umweltverbände (BUND und NABU), Vertreter der Landwirtschaft (Landvolk und Landwirtschaftskammer) sowie das Landwirtschaftsministerium haben neue Richtlinien und Gesetze für mehr Umwelt- und Artenschutz in Niedersachsen erarbeitet.

Bereits am 10.11.20 wurde das Maßnahmenpaket im Landtag einstimmig von allen Fraktionen beschlossen.

Hier einige Eckpunkte:

- **Schneller zu mehr ökologischer Landwirtschaft** - 10 Prozent ökologischer Landbau in Niedersachsen bis 2025 und 15 Prozent bis 2030
- **Naturnahe Ufer für Flüsse und Bäche** - Neugestaltung von Gewässerrandstreifen
- **Mehr Wildnis im Wald** - Ab 2021 schrittweise Entwicklung eines Wildnisgebiets im Solling
- **Landwirte schützen Wiesenvögel** - Schutz von Wiesenbrütern durch spätere Mahd
- **Konsequente Verringerung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel** – Verbot von Pflanzenschutzmitteln in Landschafts- und in Naturschutzgebieten
- **Aktionsprogramm Insektenvielfalt** - Ein landesweiter Biotopverbund; Strukturvielfalt und Lebensräume für Insekten in der Agrarlandschaft und in Siedlungen fördern, regelmäßige Fortschreibung der Roten Liste, Beratung der Landwirte für verbesserten Biotop- und Artenschutz

Für alle Einschränkungen, die für die Landwirtschaft entstehen, wird es einen fairen Ausgleich geben.

Weitere Infos unter www.artenretter-niedersachsen.de

Insektenschutz und Handlungsempfehlungen für Kommunen

Im Oktober 2017 kam die „Krefelder Studie“ zu dem erschreckenden Ergebnis, dass die Biomasse der Insekten in den letzten 27 Jahren um 75 Prozent zurück ging.

Weniger Insekten bedeuten:

- es entsteht eine Schieflage im komplexen ökologische System, deren Folgen wir bislang nur erahnen können.
- weniger Blütenbestäuber und weniger Ertrag. (Forscher aus Frankreich und dem UFZ in Leipzig haben errechnet, dass Insekten allein als Bestäuber von Kulturpflanzen einen weltweiten ökonomischen Wert von 150 Mrd. Euro pro Jahr erwirtschaften. (Quelle: www.biooekonomie.de/themen/dossiers/5-fakten-zum-insektenschwund#1)
- mehr Schädlinge
- weniger Vögel und weniger Fledermäuse

Im Folgenden werden für einige Handlungsfelder die Ursachen benannt und Handlungsempfehlungen definiert sowie Links für weiterführende Informationen genannt.

Ursachen	Verarmung der Landschaft – Lebensräume verschwinden <ul style="list-style-type: none">• Die einstige Vielfalt unserer Kulturlandschaft wurde durch die industrielle Landwirtschaft verdrängt. Weiden, Streuobstwiesen, Hecken, Ackerbrachen, blühende Feldränder und feuchte Wiesen sind verschwunden. Naturfeindliche Privatgärten <ul style="list-style-type: none">• Drei Prozent unserer Landesfläche nehmen private Gärten ein. Sie könnten somit eine wichtige Oase der biologischen Vielfalt darstellen. Durch Gifteinsatz gegen vermeintliches Unkraut und gegen Schädlinge und ihre häufig sterile Gestaltung (Schottergärten und Co.), eignen sich viele Gärten nur sehr eingeschränkt als Lebensraum für Insekten.
-----------------	---

**Handlungs-
empfehlung****Vielfalt in der Kulturlandschaft und in Ortschaften erhöhen**

Der direkte Einfluss auf die Landwirtschaft und private Gartenbesitzer ist begrenzt, aber die Kommunen können auf ihren eigenen Flächen vieles verändern.

- a) Eigene Ackerrandstreifen können nach und nach mit heimischen Hecken und (Obst-)Bäumen bepflanzt werden. Hierbei ist wichtig die Eigentumsverhältnisse zu klären. Nicht selten werden Ackerrandstreifen zum Teil unrechtmäßig von Landwirten überpflügt und somit immer kleiner.
- b) Nachhaltige mehrjährige Blühflächen mit regionalem Saatgut auf innerörtlichen Grünstreifen anlegen.
- c) Saatgut-Proben für Blühwiesen könnten kostenlos an Gartenbesitzer abgegeben werden.
- d) Biotopvernetzung: Einzelne Biotope können für Insekten zum genetischen Flaschenhals werden. Viele Insekten haben nur einen sehr begrenzten Lebensraum von mehreren Metern. Um Ihre genetische Vielfalt zu erhöhen und eine stabile Population aufzubauen, benötigen sie Austausch mit Individuen einer anderen Population. Um eine Vernetzung herzustellen, hat der Kreis 2020 ein jährliches Förderprogramm aufgelegt, an dem Kommunen sich beteiligen können.
- e) Mähmanagement für Feldraine und Grünstreifen entwickeln (weniger mähen bringt dabei mehr für die Umwelt).
- f) Schottergärten sind verboten: § 9 Abs. 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) schreibt vor, dass nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken Grünflächen sein müssen, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. Kommunen sollten diese Vorgabe in die Bauordnungen für Neubaugebiete zudem explizit mit aufnehmen.
- g) Informationsveranstaltungen und Infomaterial zum naturnahen Gärtnern können angeboten werden, oft fehlen den Gartenbesitzern die richtigen Informationen. Besonders wichtig ist dies für Neubaugebiete!
- h) Die Kommunen können die Bildungsarbeit in Kitas und Schulen fördern: Nur was man kennt, kann man auch schützen. Die Kampagne „Natur- und Klimaschutz an Schulen und Kitas“ findet sich im Regionalen Entwicklungskonzept des Landkreises (LK).
- i) Kommunale Friedhöfe können zu kleinen Oasen der Vielfalt werden, wenn die Friedhofssatzung angepasst wird. Auch hier gilt wieder: Mit gutem Beispiel vorangehen und die Verwaltungen der Friedhöfe in kirchlicher Trägerschaft einbeziehen.
- j) Weitere Maßnahmen aus dem Raumentwicklungskonzept: Schaffung eines Landschaftspflegeverbands im LK Hildesheim „Tag der Biotoppflege im Landkreis Hildesheim“

Links

Das Regionale Entwicklungskonzept des LK Hildesheim

- www.landkreishildesheim.de/media/custom/2829_491_1.PDF?1605621455

Gründung eines Landschaftspflegeverbands:

- www.gruendung.lpv.de

Netzwerk Blühende Landschaften – Ideen für Blühflächen

- www.bluehende-landschaft.de/projekte/bienenblütenreich/
kommunale Blühwiesenaktion „Wunderland am Wegesrand“ in Holle
initiiert von der SPD
- www.holle.de/Bürger/Initiativen-Projekte/Wunderland-am-Wegesrand/

Regional angepasstes Saatgut für innerörtliche Blühflächen inkl. Beratung gibt es z. B. bei der Firma Rieger und Hoffmann.

- [www.rieger-hofmann.de/sortiment-shop/mischungen/wiesen-und-saeume-fuer-die-freie-landschaft/01-blumenwiese/detailansicht-blumenwiese.html?tt_products\[backPID\]=181&tt_products\[sword\]=blühende landschaft&tt_products\[product\]=62](http://www.rieger-hofmann.de/sortiment-shop/mischungen/wiesen-und-saeume-fuer-die-freie-landschaft/01-blumenwiese/detailansicht-blumenwiese.html?tt_products[backPID]=181&tt_products[sword]=blühende landschaft&tt_products[product]=62)

Richtlinie des Landkreises Hildesheim „Schaffung oder Vernetzung von Biotopen“

- www.landkreishildesheim.de/media/custom/2829_462_1.PDF?1603372793

Weitere Informationen zum Verbot von Schottergärten vom Nds. Umweltministerium:

- www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/themen_im_fokus/informationen-zu-schotterflaechen-in-niedersachsen-nicht-uberbaute-flaechen-von-baugrundstuecken-muessen-grunflaechen-sein-195221.html Keine Anwendung auf Wegen und Plätzen

Flyer Artenreiche Friedhöfe:

- www.anl.bayern.de/publikationen/doc/flyer_friedhoeefe.pdf

Das Landvolk hat das Potential der Wegränder erkannt und weiß auch um die Problematik des Überpflügens. Hier geht es zum Flyer:

- www.landvolk.net/lpdartikel/artenvielfalt-an-wegraendern-erhoehen/

Hinweise zu Bundesprogrammen: Bundesamt für Naturschutz:

- www.biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/bundesprogramm.html

Aktionsprogramm Insektenschutz

- www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-wir-koennen-das-insektensterben-stoppen/

<p>Ursache</p>	<p>Pestizide</p> <ul style="list-style-type: none"> • In der intensiven Landwirtschaft kommt es durch eintönige Fruchtfolgen und anfällige Hochleistungssorten zu einer massiven Schädlingsvermehrung. Die Antwort darauf ist der vermehrte Einsatz von Pestiziden. Wenig untersucht ist die kombinierte Wirkung von verschiedenen Pestiziden auf Wildtiere. In der ökologischen Landwirtschaft sind chemisch-synthetische Pestizide bis auf ein Minimum reduziert oder kommen gar nicht zum Einsatz.
<p>Handlungs-empfehlung</p>	<p>Vermeidung von Pestiziden</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Die Gemeinde/Stadtverwaltung sollte darauf achten, dass der Bauhof keinerlei Unkrautvernichtungsmittel einsetzt, sondern mechanischen Verfahren den Vorzug gibt. Thermische Verfahren tragen zur Erwärmung des Kleinklimas bei und sollten i. d. R. vermieden werden. b) Auf privaten Grundstücken ist es verboten, Pflanzenschutzmittel auf z. B. Wegen oder Einfahrten anzuwenden. Auch die von Bürger:innen gepflegten anteilig gepflegten öffentlichen Verkehrswege (Fußwege, Rinnsteine etc.) sollten davon nicht ausgenommen sein. c) Im Niedersächsischen Weg wurde gesetzlich verankert, dass der ökologische Landbau bis 2025 auf 10% und bis 2030 auf 15% ansteigen soll. Ob ein Landwirt seinen Betrieb umstellt oder nicht, kann die Kommune zwar nicht direkt beeinflussen, aber sie kann indirekt ein günstiges Umfeld dafür schaffen und z. B. Möglichkeiten der Direktvermarktung unterstützen. Auch dieser Punkt ist im Niedersächsischen Weg aufgenommen worden. d) Landwirte setzen Pestizide ein, um möglichst viel Ertrag zu erwirtschaften. Eine relativ neue Variante der Landnutzung bietet die Agri-PV. Hierbei werden Solarpanele über den landwirtschaftlichen Nutzflächen angebracht: Oben wird Strom gewonnen, unten werden Feldfrüchte oder Getreide angebaut oder Tiere im Freilauf gehalten. Diese Form der Landnutzung ermöglicht dem Landwirt eine weitere stetige gewinnbringende Einnahmequelle. Eine Ertragsmaximierung ist somit für den Erhalt des landwirtschaftlichen Betriebs nicht mehr nötig.

Links

PV auf landwirtschaftlich genutzten Flächen:

- www.bluehende-landschaft.de/projekte/landwirtschaft-5-0/
- www.agri-pv.org

Im Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz) steht in §12, (1) Satz 2: Pflanzenschutzmittel dürfen nicht auf befestigten Freilandflächen und nicht auf sonstigen Freilandflächen, die weder landwirtschaftlich noch forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden, angewendet werden.

Hier eine Erläuterung dazu vom BVL, der Zulassungsbehörde für Pflanzenschutzmittel in Deutschland

- https://www.bvl.bund.de/DE/Arbeitsbereiche/04_Pflanzenschutzmittel/02_Verbraucher/03_HausKleingarten/psm_HausKleingarten_node.html

Ursache	Versiegelter Boden <ul style="list-style-type: none"> Die Zahl der Gewerbegebiete, Straßen und Neubaugebiete wächst.. 66 Hektar fruchtbarer Boden verschwinden Bundesweit derzeit jeden Tag unter Asphalt und Beton, Lebensraum vieler Insekten, oberirdisch wie unterirdisch. Die Bundesregierung will bis 2030 den Verbrauch auf unter 30 Hektar senken. Dies funktioniert aber nur durch gesetzliche Vorgaben. Jede Neuversiegelung muss durch einen Rückbau von Straßen, Parkplätzen etc. ausgeglichen werden.
Handlungsempfehlung	Versiegelung von Böden vermeiden <ol style="list-style-type: none"> Versiegelung von Böden vermeiden durch innerörtliche Bebauung, anstatt dem Neubaugebiet auf der grünen Fläche. Dort, wo das Versiegeln der Fläche nicht vermeidbar ist, gezielte Gegenmaßnahmen planen. Im Raumentwicklungskonzept des LK gibt es hierzu den Punkt „Ausgleichsflächenpool für den gesamten Landkreis Hildesheim erstellen“. Gründächer mit Blühpflanzen z.B. Sedum können zu einer Bienenweide werden, Betriebsflächen in Gewerbegebieten können naturnah gestaltet werden. Niedersächsischer Weg: Unser Ziel in Niedersachsen ist es, bis zum Jahr 2030 auf unter drei Hektar neu versiegelter Böden pro Tag zu kommen und auf Netto-Null bis zum Jahr 2050.
Links	Ideen und Beratung zum Thema Biodiversität auf Betriebsflächen <ul style="list-style-type: none"> www.hamburg.nabu.de/natur-und-landschaft/stadtnatur/unternehmensnatur/18178.html www.biodiversity-premises.eu/de/definition.html Das Regionales Entwicklungskonzept des LK Hildesheim <ul style="list-style-type: none"> www.landkreishildesheim.de/media/custom/2829_491_1.PDF?1605621455

Ursache	Lichtverschmutzung <ul style="list-style-type: none">• Die Mehrheit der Insekten ist nachtaktiv, die meisten Arten fühlen sich von Licht angezogen. Geschätzt eine Milliarde Insekten lassen ihr Leben in einer einzigen Sommernacht allein an Deutschlands Lampen. Sie verbrennen oder sterben aus Erschöpfung. LED-Lampen, die immer mehr zum Einsatz kommen sind zwar relativ insektenverträglich, da sie aber im Betrieb deutlich günstiger sind, führt es dazu, dass viele Kommunen ihre Beleuchtung ausweiten.
Handlungs-empfehlung	Sovieel Licht wie nötig, so wenig wie möglich <ol style="list-style-type: none">a) Straßenlaternen mit LED-Lampen ausstatten und nachts (z.B. ab Mitternacht) ausschalten.b) Abendliche Dauerbeleuchtung an Waldrändern und Ortsrändern nur wenn nötig.c) Gebäudefassaden nur durch Lichtspektrum beleuchten, welches keine Insekten anzieht.
Links	Bundesumweltministerium: www.bmu.de/pressemitteilung/bmu-und-bfn-foerdern-insektenfreundliche-strassenbeleuchtung/